



Ausschuss für Kultur und Medien

22. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Andreas Bialas (SPD) (amt. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW) (beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 1])	6
	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 18/5830	
	– Wortbeiträge	
	Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.	

- 2 Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln (21. Rundfunkänderungsgesetz)** **7**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/6847
- Wortbeiträge
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion beschließt der Ausschuss direkte Abstimmung.
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.
- 3 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise** **8**
- Bericht durch StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) **8**
- Wortbeiträge **8**
- 4 Vorstellung, Evaluation und weitere Entwicklung der „Koordinationsstelle für Provenienzforschung in NRW (KPF.NRW)“ (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **10**
- Vorstellung durch Jasmin Hartmann, Leiterin der KPF.NRW (s. Anlage 2)
- Einführungsbericht durch StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) **10**
- Vortrag durch Jasmin Hartmann (KPF.NRW) **11**
- Wortbeiträge **12**
- 5 Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V.** **18**
- Gespräch mit den Vorsitzenden des Verbandes
- Vortrag durch Vertreter des vbnw **18**
- Wortbeiträge **20**

6 Verschiedenes

24

– keine Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas teilt mit, dass sich Herr Minister Liminski und Frau Ministerin Brandes entschuldigen ließen. Es bestehe eine Terminkollision wegen einer Sondersitzung des Bundesrates.

Da die Vorsitzende kurzfristig erkrankt – im Namen des Ausschusses wünsche er gute Besserung – und der stellvertretende Vorsitzende auf dem Weg zum Bundesrat nach Berlin sei, leite er als dienst- und lebensältester Abgeordneter die heutige Sitzung.

Er schlage vor, TOP 5 bereits nach TOP 2 zu behandeln, sodass zunächst die internen Punkte abgehandelt werden könnten. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

1 Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW) (beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 1])

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5830

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/5830 an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – und an den Hauptausschuss am 21. September 2023)

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas teilt mit, zu dem Gesetzentwurf sei in der vergangenen Sitzung ein Beratungsverfahren vereinbart worden. Die einbringende Fraktion der AfD sei im Anschluss mit der Bitte auf die Sitzungsleitung zugekommen, den Gesetzentwurf mit dem Ziel, ein anderes Beratungsverfahren zu beschließen, nochmals auf die Tagesordnung zu setzen.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) entschuldigt sich für die Irritation. Dies sei sein Fehler gewesen.

Er beantrage für seine Fraktion eine schriftliche Anhörung.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas sagt, normalerweise verfähre man bezüglich der Anzahl der Sachverständigen nach dem üblichen Schlüssel 2:2:2:1:1. Er bitte, bis zum 18. Dezember die Sachverständigen an das Ausschussesekretariat zu benennen. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

2 Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln (21. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/6847

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/6847 an den
Ausschuss für Kultur und Medien am 30. November 2023)*

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas merkt an, heute befinde man über das Beratungsverfahren.

Andrea Stullich (CDU) führt aus, es gehe darum, den Finanzierungsanteil der Landesmedienanstalt über den Rundfunkbeitrag zu erhöhen. Da erst in der vergangenen Woche ausführlich über den Gesetzentwurf debattiert worden sei und sie während der Debatte den Eindruck gewonnen habe, dass hier Einigkeit bestehe, beantrage sie direkte Abstimmung.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion beschließt der Ausschuss direkte Abstimmung.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

3 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas bittet die Staatssekretärin um den regelmäßigen Sachstandsbericht.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) führt aus:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November zum Nachtragshaushalt hat auch Auswirkungen auf den Kulturfonds Energie. Die von der Bundesregierung erlassene Haushaltssperre ist der Kulturfonds Energie seit dem 22.11.2023 gesperrt. Bis auf Weiteres können keine Anträge mehr gestellt werden. Lediglich Bewilligungen, die bis zum 21.11.2023 ausgesprochen wurden, konnten noch ausgezahlt werden. Die Beauftragte für Kultur und Medien hat für den Kulturfonds Energie Mittel im Nachtragshaushalt für 2023 beantragt, über den der Bundestag in der kommenden Woche am 15.12. entscheiden wird. Falls BKM die Mittel aus dem Nachtragshaushalt erhält, würden die nach den uns aktuell vorliegenden Informationen nur bis zum 31.12.2023 zur Verfügung stehen, nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, bis zum 30.04.2024. Das BKM bemüht sich aktuell darum, dass die Mittel auch ins kommende Jahr übertragen werden können. Dies ist aber nach allem, was wir momentan aus Berlin hören, eher nicht wahrscheinlich. Das würde bedeuten, dass Kultureinrichtungen nur noch bis Ende 2023 Anträge stellen könnten, die dann auch sämtlich bis Ende des Jahres bewilligt und ausgezahlt werden müssten. Bewilligungen oder Auszahlungen danach wären nicht mehr möglich. Eine genaue Antragsfrist für diesen Fall ist bisher nicht bekannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mittel des Landes zur Aufstockung der Bundeshilfen sind an den Kulturfonds Energie gebunden. Sollte das BKM Mittel aus dem Nachtragshaushalt erhalten, wird Nordrhein-Westfalen die Kofinanzierung zu den Bundeshilfen selbstverständlich wie bisher gewährleisten, solange diese gezahlt werden. Landeshilfen ohne korrespondierende Bundeshilfen sind rechtlich leider nicht möglich. Die Möglichkeiten des Landes hängen also davon ab, was im Bund geschieht.

Klar ist, um die Lage realistisch bewerten zu können, müssen wir die weitere Entwicklung auf Bundesebene abwarten. Bevor in Berlin keine Klarheit geschaffen worden ist, haben weitere Ausführungen der Landesregierung zu diesem Thema leider keinen Sinn. – Vielen Dank.

Tim Achtermeyer (GRÜNE) sagt, wenn Anträge nur noch bis Ende 2023 gestellt, bearbeitet und bewilligt sowie die entsprechenden Mittel ausgezahlt werden könnten, dann stelle sich die Frage, bis wann überhaupt noch Anträge gestellt werden könnten.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) lässt wissen, eine Antragsfrist sei nicht mitgeteilt worden. Die einzige vorliegende Information sei, dass Gelder nur in diesem Jahr aus-

gezahlt werden dürften, sodass auch Antragstellung und Bewilligung nur noch in diesem Jahr erfolgen müssten. So sei die momentane rechtliche Situation.

Heike Wermer (CDU) appelliert an die Abgeordneten aus den Reihen von SPD, Grünen und FDP, auf Bundesebene entsprechend hinzuwirken. Der Bericht habe deutlich gemacht, wie dramatisch die Lage für Kultureinrichtungen sei und dass dem Land NRW die Hände gebunden seien. Insofern hoffe man auf ein starkes Zeichen seitens des Bundes. Von daher würde sie sich freuen, wenn fraktionsübergreifend da etwas möglich wäre und alle mit ihren Kontakten noch mal Einfluss nähmen.

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas merkt an, es bestehe sicherlich Einigkeit, dass alle Fraktionen auf allen Ebenen für die Kultur umfangreich kämpften.

4 **Vorstellung, Evaluation und weitere Entwicklung der „Koordinationsstelle für Provenienzforschung in NRW (KPF.NRW)“** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

– Vorstellung durch Jasmin Hartmann, Leiterin der KPF.NRW (s. Anlage 2)

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas: Das hört sich erst mal ein bisschen sperrig an, ist aber ein Thema, das uns seit Jahren begleitet und uns wertvoll ist. Ich halte es für sehr sinnvoll, dass solche Sachen durch Krisen, Probleme und Sonstiges nicht in Vergessenheit gerät, sondern immer wieder dargestellt wird. Wir durften uns ja schon mehrfach auch im Ausschuss darüber unterhalten.

Bevor ich Frau Hartmann das Wort gebe, darf ich noch mal der Staatssekretärin Türkeli Dehnert da Wort geben. – Bitte schön.

StS Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Nahezu 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs hat das Bemühen um die Wiedergutmachung von Unrecht nichts von seiner Bedeutung und Aktualität verloren. Im Gegenteil, der menschenverachtende Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober dieses Jahres führt uns unsere gemeinsame Verantwortung einmal mehr vor Augen.

Die Forschung zu unrechtmäßig entzogenem Kulturgut und seine Restitution sind eine Möglichkeit der Wiedergutmachung von Unrecht. Die öffentliche Auseinandersetzung, die sich daran knüpft, kann dabei zu einem wichtigen Teil unserer kritischen Erinnerungskultur werden. Kunst- und Kultureinrichtungen leisten hier einen bedeutenden Beitrag.

25 Jahre ist es her, dass die Washingtoner Prinzipien verabschiedet wurden und Maßstäbe für den Umgang mit Provenienz- und Restitutionsfragen gesetzt haben.

Mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung haben sich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände zu diesen Maßstäben bekannt. Aber mit jedem Jahr, das verstreicht, wird es unwahrscheinlicher und aufwendiger, Erbinnen, Erben und Betroffene ausfindig zu machen, Quellen zu erschließen, Netzwerke und Verbindungen zu erforschen sowie faire und gerechte Lösungen zu finden. Deshalb müssen wir der Herkunftsforschung jetzt Nachdruck verleihen.

Mit der Koordinationsstelle für Provenienzforschung in NRW – kurz „KPF.NRW“ – hat Nordrhein-Westfalen einen eigenen Weg gewählt, der sich nicht nur bundesweit, sondern auch im internationalen Vergleich auszeichnet. Zwar haben einige Bundesländer im vergangenen Jahrzehnt Initiativen und Strukturen der verstetigten und institutionellen Herkunftsforschung etabliert, Aufgabenbreite, Forschungsstärke und Vernetzungskraft der KPF.NRW jedoch sind einzigartig.

Frau Hartmann, die Leiterin der KPF.NRW, wird auf diesen Aspekt in ihrer Präsentation sicher gleich eingehen.

Ich bin davon überzeugt, dass die Wissensbündelung bei der KPF.NRW eine effiziente und transparente Arbeit beschleunigt. Sie ermöglicht es, Gemeinsamkeiten der Sammlungen, zum Beispiel Ankaufswegen, Händlerkontakte, Ringtausche, Sammlungsherkünfte

etc., zu erkennen. Daraus können Forschungsfragen abgeleitet werden, deren Bearbeitung vielen Einrichtungen von Nutzen ist.

Provenienzforschung ist eine Daueraufgabe. Der Bedarf an Beratung, Forschung und Vernetzung ist immens und wird auf unbestimmte Zeit auch so bleiben.

In den vergangenen Jahren haben wir in NRW bei der Provenienzforschung viel erreicht. Wir haben die Initiativen im Bereich der Herkunftsforschung verstärkt, eine neue Förderrichtlinie erlassen, die gerade kleinere Einrichtungen entlastet, und wir haben die Provenienzforschung im neuen Kulturgesetzbuch für Nordrhein-Westfalen verankert.

In diesem Jahr haben wir das Förderprogramm Provenienzen NRW entwickelt. Bundesweit erstmalig werden Lücken in der Bundesfördersystematik geschlossen. Das Programm wird 2024 erstmals – unterstützt durch die KPF.NRW – durchgeführt.

Schon diese kurze Auflistung macht deutlich, dass Nordrhein-Westfalen nicht nur seiner Verantwortung gerecht wird, sondern bei der Provenienzforschung deutschlandweit vorangeht. Die KPF.NRW übernimmt dabei eine wichtige Scharnierfunktion.

Damit das Thema „Herkunftsforschung“ möglichst flächendeckend angenommen wird, rege ich gerne an, Frau Hartmann und ihr Team in die Kommunen und kulturpolitischen Gremien einzuladen.

Mit Frau Hartmann haben wir eine überaus kompetente, engagierte und energetische Persönlichkeit gewonnen, der es gelingt, dieses bedeutende Thema vertrauensvoll und motivierend zu bearbeiten.

Liebe Frau Hartmann, ich bitte um Ihre Präsentation.

Jasmin Hartmann (KPF.NRW): Lieber Herr Vorsitzender! Liebe Staatssekretärin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Jasmin Hartmann. Ich bin Leiterin der Koordinationsstelle für Provenienzforschung in NRW und darf Sie in den nächsten zehn Minuten zum einen ein wenig über unsere Aufgaben informieren, aber auch unsere Aktivitäten ein wenig spiegeln, was wir so in den letzten zwei Jahren gemacht haben.

(Anlage 3, Seite 2)

Wir wurden 2020 gegründet. Frau Türnich hat bereits im Ausschuss gesprochen. Zu dem Vorprojekt werde ich gleich noch ein paar Worte sagen. Gegründet wurde die Koordinationsstelle dann vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW gemeinsam mit den beiden Landschaftsverbänden, Westfalen-Lippe und Rheinland. Wir sitzen dienstlich im Moment in Bonn, sind angesiedelt am Landesmuseum Bonn und dürfen uns als fünfköpfiges Team derweil den Aufgaben widmen.

(Anlage 3, Seite 3)

Begleitet werden wir von einem Wissenschaftlichen Beirat, der sich aus unterschiedlichen Fachgremien und Fachverbänden zusammensetzt. Das ist der Städtetag, das ist der Museumsverband NRW, das sind die Archive, die Bibliotheken, die Landesstelle für politische Bildung unter anderem. Der Vorsitz wird derweil von Dr. Uwe Hartmann geführt, dem Leiter der Provenienzforschung im Bereich NS beim Deutschen Zentrum

Kulturgutverluste. Die zweite Vorsitzende ist Dr. Tanja Pirsig-Marshall vom LWL-Museum für Kunst und Kultur in Münster.

(Anlage 3, Seite 4)

Vorangegangen war das Projekt 2017 bis 2019 des LVR unter der Federführung von Ruth Türnich, die derweil im Fachreferat hier im MKW auch zuständig ist für Provenienzforschung. Dieses Projekt hat erstmals die Bedarfe in NRW eruiert. Das heißt, man hat Erstchecks gemacht, man hat sich international und national vernetzt, man hat Abgleiche gemacht, man hat eine ganz große Umfrage in den Museen unternommen, um zu verstehen, wo wir eigentlich in NRW stehen. Bei der Umfrage hat sich von 1.100 Museen etwa ein Viertel zurückgemeldet. Es war sehr schnell klar, dass wir über 700.000 Objekte haben allein bei einem Viertel der Rückläufe bei der Umfrage, dass wir eine Riesendunkelziffer haben, dass wir auch den Bereich DDR/SBZ-Kontext haben, dass wir merken, dass sich eigentlich eher die größeren Museen zurückgemeldet haben, dass sich dort die Provenienzforschung eigentlich etabliert hat, dass, wenn man sich überlegt, dass man als Provenienzforscher in der Tiefenerschließung, muss man sagen, 100 Objekte pro Jahr schafft, bei über 700.000 allein bei einem Viertel der Museen eine ganze Menge zu tun ist, dass man da auch grundsätzlich an eine systematische Recherche denken muss und dass man auch schauen muss, wie man das grundsätzlich angeht, weil man nicht von Haus zu Haus die Nadel im Heuhaufen suchen kann.

Ein Ergebnis aus diesem Bericht war dann auch die Empfehlung, die Koordinationsstelle an sich zu gründen, um die Bedarfe zu bündeln, aber auch um das Wissen zu bündeln, um zu schauen, wo man Synergieeffekte nutzen kann, wo man überhaupt systematisch jetzt ansetzen kann. Das ist 2020 passiert, und 2022 haben wir unsere Tätigkeit aufgenommen.

Grundsätzlich ist das Thema ein Drittmittel gefördertes. Darauf möchte ich extra noch mal hinweisen. Das ist mir ein Anliegen, weil es grundsätzlich in einem Verstetigungsprozess oder auch in einem Etablierungsprozess wichtig ist, einmal zu zeigen, dass das alles Dinge sind, die jetzt gerade im Goodwill laufen, aber grundsätzlich auch geguckt werden muss, dass sich das etabliert und verstetigt und weitere nachhaltige Strukturen geschaffen werden.

(Anlage 3, Seite 5)

Grundsätzlich ist das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste für die Förderung und die Vergabe der Fördermittel im Bund zuständig, eine sehr wichtige Stelle sozusagen, die auch schon viele Bedarfe bündelt. Es haben sich aber auch in 8 von 16 Bundesländern schon koordinierende Stellen gegründet, da man gemerkt hat, man hat doch regionale Bedarfe, und auch in die Fläche zu wirken, das kann man eigentlich am besten vor Ort in den vorhandenen Strukturen.

(Anlage 3, Seite 6)

Hier sehen Sie zum einen die Karte, in welchen Städten schon Provenienzforschung begonnen worden ist, wo sich Projekte initiiert haben, durchgeführt werden, laufend, aber auch abgeschlossen sind. Aber Sie sehen auch, dass die Koordinationsstelle wirklich für alle Unrechtskontexte zuständig ist, also für den Bereich NS, für den

kolonialen Kontext und für den Bereich SBZ/DDR, aber auch – und das ist etwas, was wirklich ein Alleinstellungsmerkmal ist gegenüber den anderen koordinierenden Stellen – für jegliche Trägerschaft und für jegliche Sparten. Das bedeutet, wir sind explizit dafür zuständig, Museen, Archive, Bibliotheken, den Kunsthandel und Privatpersonen zu beraten und zu unterstützen, aber natürlich auch politische Anfragen, die Koordination und den Austausch mit der Wissenschaft voranzutreiben, etc.

Sie sehen aber auch anhand der Karte, dass die Leuchttürme, unsere Säulen in der Landschaft, wie wir sie oft nennen, punktuell doch die großen Städte und vordringlich auch die Kunstmuseen betreffen. Unsere Aufgabe war es sozusagen, von Anfang an zu gucken, dass wir in die Fläche wirken, dass wir die kleineren Häuser, andere Sparten erreichen, um wirklich systematisch das Land zu kartografieren und für uns zu erschließen.

(Anlage 3, Seite 7)

Ich will Ihnen vier Schwerpunkte unserer Services vorstellen, denen wir uns durch das Zuhören, das Vorortsein und des Eruiens der Bedarfe, der Hemmschwellen angenommen haben, aber auch einmal zeigen, wo die Schwerpunkte der Bedarfe der Museen wirklich gerade liegen. Das heißt, was wir am Anfang gemacht haben, war, wir haben konzeptuell geschaut, wie wir langfristig, systematisch uns orientieren und systematisch auch wirken können. Das werde ich Ihnen gleich noch mal erzählen. Da haben wir Drittmittel eingeworben, um auch große Forschungsprojekte und eine digitale Infrastruktur für die Museen, Archive, Bibliotheken hier in NRW aufzustellen. Aber grundsätzlich ist es uns natürlich ein Anliegen, im Alltag zu wirken, in dem konkreten Bedarf. Wir hatten im ersten Jahr zum Beispiel 250 Anfragen proaktiv von Museen, Bibliotheken, Archiven, vordringlich auch des Kunsthandels, muss ich hier auch noch mal wirklich sagen, weil wir eine der wenigen Stellen sind, wohin sich der Kunsthandel überhaupt wenden kann.

Was wir gemacht haben, ist, zu sensibilisieren, dafür zu motivieren, in den Häusern das Thema anzugehen, denn man kann mehr gewinnen, als man verlieren kann. Gerade diese Benefits, die Dinge, die das Haus ganzheitlich verstehen kann, ihre eigene Institutionsgeschichte, die Sammlungsgeschichte, wer wann was dort gekauft hat und warum, auch das Ganze auszustellen, zu vermitteln, das ist auch eine Aufgabe, die das Publikum unglaublich interessiert. Da haben wir sozusagen vor Ort viel gewirkt, also im persönlichen Gespräch. wir haben aber auch Veranstaltungen gemacht, wir haben grundsätzlich aufgeklärt, wir haben Recherchemöglichkeiten, die Tools und die Werkzeuge der Provenienzforschung vorgestellt und vermittelt. Und wir sind in den ersten zwölf Monaten einfach sehr viel gereist, muss man sagen.

Wir haben jetzt ungefähr mittlerweile 3.000 Kontakte in NRW, die wir über unsere Arbeit informieren, die wir auch in unterschiedlichen Fragestellungen manchmal kontaktieren für Umfragen etc.

(Anlage 3, Seite 8)

Neben der Beratung machen wir auch so etwas wie eine Ersteinschätzung, denn Museen kommen vordringlich zu uns, wenn es anlassbezogen ist. Das bedeutet, dass sie einen Auskunfts- oder Restitutionsersuchen haben, dass sie etwas ins Ausland verleihen

möchten, dass sie etwas ankaufen möchten oder – das ist natürlich hier in NRW seltener der Fall – vielleicht auch verkaufen möchten. Was wir schon machen, ist dann auch eine Art Ersteinschätzung natürlich wissenschaftlicher Natur. Wir schauen: Ist das der aktuelle Forschungsstand? Wir schauen: Kann man die Person, die eine Forschungsfrage hat, näher vernetzen? Sie sehen hier den Pechstein, der jüngst vor wenigen Tagen bei Lempertz versteigert worden ist. Diese Recherche haben wir sowohl für die Geschädigten als auch für den Kunsthandel gemacht. Also, da waren wir für beide Zielgruppen zuständig. Oder Sie sehen unten rechts ein Foto der Familie Pagenner, eine Familie, die sich an uns gewandt hat, weil sie ihre Kunstsammlung in Köln verloren haben und jetzt auf der Suche sind nach diesen Objekten. Wir haben über das DZK einen Antrag gestellt und werden die Familie jetzt unterstützen für ein Jahr, diese Sammlung zu rekonstruieren zum Beispiel.

(Anlage 3, Seite 9)

Was wir auch machen, ist, die Museen miteinander zu vernetzen oder auch Privatpersonen mit Museen miteinander zu vernetzen, wenn sie zum Beispiel zu den gleichen Fragen forschen, zu den gleichen Provenienzen, also zu den gleichen Personen vielleicht, den historischen. Das ist eine sehr, sehr wertvolle Aufgabe, habe ich gemerkt, oder auch eine sehr dankbare gegenüber den Museen, da die Museen oft diesen Überblick nicht haben. Wer forscht eigentlich noch zu der Person, zum Beispiel Max Stern oder Alfred Hess? Da auch arbeitsteilig aufzugehen und diese Synergieeffekte in den Recherchen, sich auf den Forschungsstand zu bringen, das war sehr bereichernd nicht nur für die Einrichtung, auch für uns, um sich vielleicht zumindest wissenschaftlich zu legitimieren, dass man alles getan hat, was in seiner Macht steht, um den Fall zu lösen, um der Provenienz näher zu kommen.

(Anlage 3, Seite 10)

Was wir auch sehr viel machen, ist die Vernetzung der Akteure untereinander, aber auch mit internationalen anderen Kooperationen, Forschungscommunities. In den Niederlanden zum Beispiel haben wir eine AG gegründet, oder auch mit den Österreichern stehen wir im engen Kontakt, um zum einen uns auf der Ebene des Best Practice auszutauschen, aber auch um zu schauen, was die politischen Umstände, die Rahmenbedingungen sind, wo wir in den Case Studies, also in den Fallstudien, voneinander lernen können etc.

Was wir auch machen, ist, die Forscher in NRW regelmäßig zusammenzuführen, gemeinsam Ausstellungen anzuschauen, gemeinsam über bestimmte Themen, die virulent sind, zu sprechen und dann auch zu gucken, wie wir voneinander lernen können, wo wir uns austauschen können. Das ist auch sehr bereichernd. Jüngst vorgestern haben wir uns das letzte Mal getroffen. Das organisieren wir auch. Wir informieren über Newsletter, wir informieren über Twitter, wir informieren über unsere verschiedenen Kanäle, ob ich jetzt in Gremien bin oder auch einfach als Vortragende mal unsere Arbeit vorstellen darf.

(Anlage 3, Seite 11)

Weil Sie es gerade auch schon erwähnt haben, möchte ich es gerne noch mal sagen, weil es auch einfach eine fantastische Ergänzung ist: Die Hemmschwellen für Museen

sind oft personeller und finanzieller Natur, sich überhaupt diesem Thema zu widmen, aber auch ganz oft das Know-how: Wie mache ich es überhaupt? Wie fange ich denn überhaupt an? Ich habe die Dokumentation nicht ajour. Wie es im Keller aussieht, mag ich auch nicht gerne nach außen geben. Das sind Themen, die haben nicht nur die kleinen Häuser, sondern auch die großen. Das Förderprogramm setzt genau dort ein, wo die Hilfe am nötigsten ist, nämlich überhaupt in der Antragsvorbereitung, sich überhaupt mal einen Überblick zu verschaffen, wie ich denn anfangen könnte, wie ich überhaupt den Eigenanteil leisten könnte, der beim DZK nötig ist, damit überhaupt ein Forschungsprojekt zustande kommt, aber auch nachher in der Nachbereitung. Also, alles, was nicht förderfähig ist vom DZK, kann über das Förderprogramm im Rahmen dieser Projekte geleistet werden.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir hatten jetzt die erste Antragsphase. Die Deadline war vor wenigen Tagen. Von über 30 Beratungen werden auch bestimmt einige dort ihren Antrag stellen. Viele Häuser sind das allererste Mal dabei und werden vielleicht dann auch den ersten Antrag vom DZK erstmals stellen. Also, gerade kleine Häuser, ganz kleine Kommunen, da sind wir sehr glücklich und stolz, dass wir über dieses Förderprogramm diese Institution überhaupt erst mal mit an Bord gebracht haben.

Soweit von meiner Seite. Ich freue mich, wenn Sie Fragen haben, wenn wir ins Gespräch kommen.

Frank Jablonski (GRÜNE): Frau Hartmann, vielen herzlichen Dank für die Vorstellung. Sie hatten Ihr Projekt, Ihre Stelle ja schon mal beim LVR präsentiert, das ist einige Monate her. An der Stelle hier im Namen der Grünenfraktion einen ganz großen Dank an LVR und LWL, die die Zusammenarbeit unter anderem auch für das Land organisiert haben.

Wir reden bei Provenienzforschung über ein großes historisches Unrecht und Verbrechen, aber um es mal ganz banal zu fassen: Es ist ja in den allermeisten Fällen Diebstahl gewesen. Deswegen finde ich es eine sehr, sehr wichtige und richtige Aufgabe, die Sie sich da gesetzt haben, und sicherlich eine sehr schwierige.

Ich habe eigentlich nur eine kurze Frage. Im letzten Punkt sind Sie darauf eingegangen, dass es Schwierigkeiten bei einigen Museen gibt, die teilweise nicht wissen, was die in ihrem Keller liegen haben, personelle Ressourcen fehlen. Können Sie vielleicht noch mal was zu dem Themenschwerpunkt „Kommunen“ sagen, weil wir häufig gerade in den sehr kleinen Kommunen eine etwas überschaubare Archivsituation haben, möchte ich es mal nennen, die häufig auch nicht wissen, wie sie mit so einem Thema umgehen sollen?

Heike Wermer (CDU): Im Namen der CDU-Landtagsfraktion vielen herzlichen Dank, Frau Hartmann, für Ihren sehr spannenden und interessanten Bericht.

Meine Frage zielt auf die Drittmittel ab, ob Sie das vielleicht noch einmal ausführen könnten – das fände ich sehr spannend –, von welchen Stellen Sie da sprechen oder was sich da so tut. Ist die Förderlandschaft groß? Gibt es genügend Drittmittelgeber?

Jasmin Hartmann (KPF.NRW): Dann würde ich als Erstes auf die Kommunen zu sprechen kommen. Die Sicht ist so, dass man schon sagen kann, die größeren Kommunen haben das Thema gesetzt, auch mit ihren städtischen Sammlungen und Beständen gehen die das proaktiv an. Aber grundsätzlich kann man schon einmal sagen, alle haben irgendwann mal anlassbezogen begonnen. Also, irgendwann gab es doch mal das Anwaltsschreiben oder ein Auskunftersuchen. Das muss man hier immer noch konstatieren. Proaktiv passiert weniger, sagen wir es mal so, aber es passiert mehr. Das ist natürlich etwas, wenn wir ins Gespräch kommen. Allein das ist schon eine Hemmschwelle, die es zu nehmen gilt. Das haben wir, glaube ich, mit unserem Team sehr gut gelöst. Wir sind immer noch zu klein, sage ich jetzt mal so. Wir könnten uns noch vergrößern. Aber die Kommunen reagieren sehr positiv. Sie laden uns ein. Wir hatten auch schon mal runde Tische, dass wir sagen, in einer Stadt holen wir alle Akteure mal an einen Tisch, ob es der Kunsthandel und die Museen sind, auch die kennen sich untereinander wenig, haben wir gemerkt. Auch das hat das Ganze befeuert in einer Stadt, dass sich auch mal der Dezernent oder die Kulturamtsleiterin dem Thema widmet. Sobald es Chefsache wird, merken wir, läuft es ganz gut. Also, der Appell von der KPF sozusagen an die Kommunen wäre, die oberen Ämter darüber zu informieren, dass es die Möglichkeit gibt, damit das Thema auch einfach von oben gesetzt und nicht immer nur von unten hoch sozusagen als Bedarf angezeigt wird.

Das Thema „Drittmittel“. Erstens will ich noch sagen, dass gewisse Aufgaben, die wir als KPF bekommen haben, nämlich Forschung zu betreiben und Wissensinfrastrukturen zu schaffen oder auch zum Beispiel ein Lexikon der Akteure, die relevant sind, um Entzugskontexte zu verstehen im NS, zu erstellen, im Moment drittmittelbasiert laufen. Mir war es wichtig, dass wir ein großes Team haben, das eine digitale Infrastruktur aufbaut, denn so demokratisieren wir Wissen. Wir sammeln das Wissen ein, das wirklich auch in jeder Institution liegt. Die Inventare werden digitalisiert. Wir werden Quellen, die relevant sind für die Provenienzforschung, für alle Kolleginnen und Kollegen sozusagen digitalisieren, aufbereiten, zugänglich machen. Damit haben wir sozusagen einen Pool, wo jeder auf seinem Wissenslevel beginnen kann. Und dann haben wir ein großes Sonderprojekt auf Drittmittelbasis zum Bereich DDR/SBZ. Da gibt es noch keine Förderstrukturen für konkrete Einzelprojekte in Häusern. Das wird sich wahrscheinlich erst im nächsten Jahr ändern. Aber wir können Grundlagenforschung machen. Das heißt, wir werden jetzt im Januar beginnen für zwei Jahre, die Strukturen des staatlichen Kunsthandels in der DDR hin zu den Museen oder den westdeutschen Museen zu untersuchen und zu schauen, wie die Wege gelaufen sind, über welche Auktionshäuser, über welche Mittlerpersonen, über welche Strukturen, Behörden etc. Das sind unsere zwei großen Drittmittelprojekte neben dem Pagener-Projekt – das ist die Familie, die ich gerade erwähnt habe, die Rekonstruktion der jüdischen Sammlung.

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas: Herzlichen Dank. – Ich habe anfangs gesagt, das Thema ist relativ alt. Wir beschäftigen uns schon sehr lange damit. Das war übrigens auch immer ein großes Anliegen des Kollegen Sternberg, weil wir ja gesehen haben, in den großen Kunstsammlungen, in den großen Museen findet das in der Regel statt. Die beschäftigen sich auch damit. Aber die Frage war dann immer: Was

machen denn die anderen? Und wohin können die sich wenden, wenn sie wollen? Wer hält Expertise bereit?

Wir haben ja dann im Haushalt 2017 erstmals diese wissenschaftliche Erarbeitung angeschoben. Aus dieser wissenschaftlichen Erarbeitung, die sich des Themas angenommen hat, nämlich zu fragen: „Wie gehe ich es an? Wie kann ich es sachgerecht erarbeiten und in die Breite bringen? Wie kann ich vor allen Dingen dann auch die Expertise für alle zur Verfügung stellen bzw. auch abrufbar machen?“, ist jetzt diese Stelle entstanden. Das ist ein wunderbarer weiterer Schritt.

Dahinter steht ja immer ein Stück weit die Begrifflichkeit von Raubkunst. Irgendjemand nimmt zu einem Zeitpunkt mal was weg, und dann hat er das. Wenn es immer so einfach wäre. So einfach ist es nun aber leider nicht, weil die Biografie des Werkes – deswegen war es gut, dass Sie gesagt haben, wir sind nicht nur im Bereich bildende Kunst unterwegs, sondern es geht um das Werk, es geht insgesamt um ein Werk – sehr unterschiedlich geartet sein kann, ganz verschlungene Wege geht. Zuletzt stellt sich die Frage, ob der jetzige Besitz gerechtfertigt ist. Da darf ich auch noch mal darauf verweisen, dass sich die Ministerin Monika Grütters auf der Bundesebene damit eine ganze Menge beschäftigt und auch dargestellt hat.

Insoweit ganz herzlichen Dank. Ich freue mich, dass wir das in Nordrhein-Westfalen haben. Für uns wird sich natürlich die Frage stellen: Wie kriegen wir das auch in eine Nachhaltigkeit hinein? Denn wir haben jetzt ein wertvolles Pfund im Lande, welches wir dann auch entsprechend pflegen müssen.

Wenn Sie keine weiteren Punkte mehr zu diesem Tagesordnungspunkt haben, darf ich mich ganz herzlich bei Frau Hartmann bedanken.

5 Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen e. V.

– Gespräch mit den Vorsitzenden des Verbandes

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas: Ich begrüße sehr herzlich in unserer Runde den Vorstand und die Geschäftsführung des Verbandes, Frau Pflugner, Frau Gehlhaar und Herrn Dr. Borbach-Jaene. Herzlichen Dank, dass Sie heute unsere Runde bereichern.

Sie haben erst einmal das Wort zur Vorstellung, und danach schliesse sich sowohl eine Frage- als auch natürlich eine Lobesrunde an. Das kann durchaus miteinander vermischt werden.

Eine Mitteilung darf ich noch machen: Herrn Grabowski darf ich entschuldigen, er ist krankdaliegend zu Hause.

Jetzt haben Sie das Wort. – Bitte schön.

Dr. Johannes Borbach-Jaene (vbnw): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als vbnw freuen uns, heute hier sein zu dürfen und uns vorstellen zu dürfen, aber vor allen Dingen auch einige aktuelle Themen anzusprechen, die uns im Augenblick besonders unter den Nägeln brennen.

Ganz kurz zum Verband. Ich glaube, man muss die Bibliotheken jetzt nicht lange vorstellen, was wir sind. Wir als vbnw vertreten alle Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen. Das sind mit allen Zweigstellen und Standorten knapp 500 öffentliche Bibliotheken. Dazu kommen 1.200 Büchereien in kirchlicher Trägerschaft und natürlich auch die 14 Universitäts- und 20 Hochschulbibliotheken und nicht zu vergessen 7 Kunst- und Musikhochschulbibliotheken. Dazu kommen auch noch jede Menge Spezial-, Behördenbibliotheken. Sie sehen, das ist ein ganz breites Spektrum und ein großer Verband. Wir sind ein Institutionenverband. Das heißt, bei uns sind nicht Beschäftigte der Bibliotheken Mitglied, sondern die Bibliotheken selber. Und wir sind als vbnw auch Bestandteil des Deutschen Bibliotheksverbandes, das ist sozusagen unser Bundesverband.

Was sind die Themen, die wir Ihnen heute mitgebracht haben, die wir gerne mit Ihnen besprechen würden? Ein ganz wichtiges Thema betrifft unsere Träger. Die öffentlichen Bibliotheken sind in der Regel in Trägerschaft der Kommunen. Sie alle wissen, dass auf die Kommunen in den nächsten Jahren große Herausforderungen zukommen, was ihre Haushalte angeht. Bibliotheken gehören zu den freiwilligen Leistungen in den Kommunen. Damit befürchten wir als Verband, dass sie auch in den nächsten Jahren wieder sehr großen Sparanstrengungen der Kommunen ausgesetzt sein werden. Wir hatten ähnliche Situationen schon in den 90ern und Anfang der Nullerjahre, wo es auch in vielen vor allen Dingen kleineren Kommunen zu Bibliotheksschließungen gekommen ist. Das ist eine Situation, die wir als Verband auf jeden Fall verhindern wollen. Das Land selber hat ja im Bibliotheksteil im Kulturgesetzbuch noch mal sehr eindringlich und aus unserer Sicht sehr gut aufgeschrieben, was Bibliotheken in den Kommunen, in den Städten alles leisten. Sie können das natürlich nur leisten, wenn sie auch mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung versehen sind. Nun weiß

ich, dass das Land nicht direkt für die Kommunalhaushalte zuständig ist, aber trotzdem ist es wichtig, dass Sie weiterhin als Land die Förderung gewähren, die Sie gewähren können, um Kommunen zu ermöglichen, leistungsfähige Bibliotheken zu unterhalten, und sich natürlich auch politisch – Sie alle sind Politikerinnen und Politiker und in ihren Parteien aktiv – für Bibliotheken einzusetzen, dass wir nicht in den Zeiten, in denen das Geld wieder knapper wird und gespart werden muss, in die Situation kommen, Bibliotheken schließen zu müssen.

Ein ganz besonderes Thema in diesem Zusammenhang, das uns sehr am Herzen liegt und das gerade durch die aktuellen PISA-Ergebnisse noch mal sehr eindrücklich allen ins Gedächtnis gerufen worden ist, ist die Problematik der Lesefähigkeit unserer jungen Menschen. Bezüglich der Leseförderung spielen Bibliotheken natürlich eine ganz wichtige Rolle. Dazu sagt jetzt Frau Pflugner ein paar Sätze.

Heike Pflugner (vbnw): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Die aktuelle PISA-Studie ist Ihnen wahrscheinlich bekannt mit ziemlich verheerenden Ergebnissen, was die Lesekompetenz und die Mathematikkompetenz der 15-jährigen Schüler betrifft.

Ich möchte gerne darauf hinweisen, was wir Bibliotheken dafür machen, weil das weit darüber hinausgeht, als dass wir Bücher zur Verfügung stellen und diese auch wirklich ausgeliehen werden. Die Bibliotheken betreiben eine aktive Leseförderung. Das geht über die Ausleihe hinaus mit Vorlesen, häufig ehrenamtlich, das beginnt dann mit dem Bücherbaby, es geht dann weiter bis zur Grundschule. Wir bieten Bilderbuchkino an. Bei uns gibt es eine nichtkommerzielle Beratung für Eltern. Wir haben eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen. Klassenführungen, Medienboxen kennt man, aber auch Fortbildungen für Lehrerinnen gerade in dem Bereich medialer Leseförderung. Es gibt beim Lesen auch einen klaren Unterschied zwischen Mädchen und Jungen. Gerade die Jungs muss man eher drankriegen, indem man so ein bisschen Technik mit reinbringt. Da gibt es verschiedene Sachen wie neuerdings „SAMI – dein Lesebär“ oder die Merge-Cubes, die das verbinden. Die Merge-Cubes zum Beispiel verbinden das mit einem Buch, die man dann auf einem iPad sieht, und dann werden diese Welten interaktiv. Man kann zum Beispiel den eigenen Körper sehen. Dann gibt es natürlich die elektronischen Bücher.

Des Weiteren bieten die Bibliotheken Schulungen für die älteren Schüler an zur Facharbeit hinsichtlich der Recherchekompetenz, Schulungen zur Medienkompetenz im Internet. Das ist natürlich ein weiteres Thema: Wer nicht richtig lesen kann, kann auch nicht richtig die Nachrichten interpretieren.

Wir sind in den Bibliotheken sehr bemüht, dem nachzukommen, aber es ist natürlich auch immer eine Frage der finanziellen Mittel und des Personals. Wir würden uns wünschen, dass an der Fachstelle hier in Düsseldorf noch Personal für die schulbibliothekarische Arbeit zur Verfügung steht. Wir unterstützen die Schulbüchereien gerne, aber auch da kommen wir an unsere personellen Grenzen.

Das, was wir machen, ist nicht nur die Leseförderung, sondern auch die MINT-Förderung. Ich kann jetzt für meine Bibliothek, eine Großstadtbibliothek, sprechen. Wir bieten

Workshops an zum Thema „Arduino & Raspberry Pies“ oder bieten auch Osobots und Beebots an. Ich weiß nicht, ob das jemand kennt. Das sind erste Möglichkeiten, um das Programmieren zu lernen.

Und was sehr wichtig ist: Wir haben über 120 Arbeitsplätze in der Bibliothek, die fast jeden Tag ausgeschöpft sind gerade von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die sich tatsächlich zum Lernen treffen. Der Kollege erzählte gerade, in Dortmund ist es ähnlich.

Dr. Johannes Borbach-Jaene (vbnw): Als letzten Punkt würde ich gerne das Thema „digitale Infrastruktur“ ansprechen. Das ist ein Thema, das wir öfter schon angesprochen haben. Frau Pflugner hat ja gerade gesagt, wir sind auch MINT-Kompetenz. Wir sind aber auch digitale Orte. Das heißt, die Menschen, die in die Bibliothek kommen, erwarten dort mittlerweile eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, in der Regel halt ein leistungsfähiges WLAN. Leider ist es so, dass wir nicht sagen können, dass alle Bibliotheken das schon haben. Da würden wir uns freuen, wenn das Land die schon bestehende Förderung, die wirklich schon sehr gut hilft, ... aber es gibt immer wieder Probleme, wenn es da Lösungen gäbe, dass es in den Baubereich hineingeht. Der Baubereich ist zurzeit von der Bibliotheksförderung nicht erfasst. Sie können sich selber vorstellen, wenn Sie jetzt so ein WLAN in eine Bibliothek bauen wollen, dass die Übergänge in den Baubereich fließend sind. Das bereitet uns in den Förderprojekten immer wieder sehr große Probleme. Sobald es eine Baumaßnahme ist, irgendwas an eine Wand geschraubt wird, dauerhaft mit dem Baukörper verbunden wird, dann ist es nicht mehr förderfähig. Das ist einfach ein Wunsch, dass wir da vielleicht in Zukunft – ich weiß, Zuwendungsrecht ist nicht einfach – eine größere Flexibilität bekommen, damit diese Maßnahmen besser durchgeführt werden.

Damit zusammenhängend wäre auch unser Wunsch, dass wir die Möglichkeit bekommen, eine Breitbandoffensive für Bibliotheken zu starten. Sie wissen ja, dass Schulen sehr davon profitiert haben, dass es dort diese Mittel und diese Offensive gab und dass die Schulen jetzt leistungsfähige Glasfaseranschlüsse haben. Wir brauchen Ähnliches auch für Bibliotheken, weil einfach ein normaler DSL-Anschluss für eine öffentliche Bibliothek keine hinreichende Infrastruktur ist. Es ist oft sehr schwierig, Glasfaseranschlüsse herzustellen, und mit hohen Kosten verbunden. Wenn man dann von Kolleginnen hört, dass sie teilweise für Veranstaltungen im MINT-Bereich WLAN-Netze über ihre eigenen mobilen Endgeräte aufbauen, weil ihr lokales WLAN nicht leistungsfähig genug ist, dann ist das einfach für ein Hochindustrieland wie Deutschland etwas traurig. Da würden wir uns freuen, wenn das Land da initiativ würde und es den Kommunen erleichtern würde, in diesem Bereich tätig zu werden.

Das ist das, was wir Ihnen heute an Themen mitgebracht haben. Wir freuen uns jetzt auf Ihre Fragen.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Ich kann gar nicht sagen, wie sehr mich Bibliotheken beeinflusst haben, auch gerade die kommunale, die Stadtteilbibliothek in meiner Grundschule. Da habe ich jede Woche, bis ich so 16 war und den Bestand für mich ausgelotet hatte, verbracht. Insofern ist das eine ganz, ganz wichtige Sache, auch für mich persönlich.

Meine Frage geht in die Richtung der Öffnungszeit. Soweit ich weiß, ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, wo es auch Sonntagsöffnungszeiten gibt. Haben Sie eine Übersicht darüber, wie das in Stadt und Land zum Beispiel verteilt ist, wie die verschiedenen Bibliotheken davon Gebrauch machen? Ich habe letztens gehört, in Hilden und Mettmann hat man das abgelehnt wegen der Beschäftigungssituation.

Letztens gab es in Berlin ein Gespräch zu einer etwas flächendeckenderen Öffnung der Öffnungszeiten. Wissen Sie, wie das ausgefallen ist?

Frank Jablonski (GRÜNE): Erst mal im Namen der Grünenfraktion ganz herzlichen Dank für Ihre unschätzbare Arbeit. Uns ist sehr bewusst, wie wichtig Bibliotheken in einer Kulturlandschaft sind, wie wichtig sie für demokratischen Austausch, für Integration, für Leseförderung sind. Ich könnte die Liste noch länger machen, aber ich möchte Ihnen ganz ausdrücklich danken für Ihre wirklich großartige und vor allem auch unverzichtbare Arbeit.

Ich habe drei konkrete Fragen.

Die erste bezieht sich auf das Thema „Restaurierungen“. Ich bin unter anderem im Kuratorium zur Rettung des Historischen Buchbestandes der Universitäts- und Stadtbibliothek zu Köln. Da ist vor einigen Jahren offenkundig geworden, dass Teile des Buchbestandes in einem absolut verheerenden Zustand waren. Da gab es eine private Förderinitiative, die unterstützt wurde vom Land, von der Kommune und vom Bund. Da wollte ich mal fragen: Ist das ein flächendeckendes Phänomen oder Problem? Wo könnte man da gegebenenfalls unterstützen?

Die zweite Frage geht in Richtung Digitalisierung. Was häufig bei dem Bereich Digitalisierung vergessen wird, ist die Digitalisierung von Medien, die eben keine Bücher sind. Ich rede jetzt nicht von VHS-Kassetten aus den 80er-Jahren, aber von Filmaufnahmen, die in den Archiven liegen, oder von Medienkunst oder Ähnlichem. Haben Sie das als Problem identifiziert bzw. haben Sie die technischen Ressourcen, das aufzuarbeiten und zu digitalisieren? Ich denke in dem Zusammenhang zum Beispiel an die Arbeit vom ZKM in Karlsruhe. Haben Sie als Bibliotheken in NRW die Möglichkeiten, so etwas zu machen?

Die dritte Frage ist: Wir hatten einmal in einem Gespräch mit Ihrem Verband vor einigen Monaten den Punkt, dass einige der Archive gerade in den kleineren Bibliotheken ganz praktische Probleme haben, dass der Keller voll ist, um es jetzt mal so flapsig zu sagen. Besteht das Problem weiterhin, und sehen Sie da Änderungsbedarf?

Heike Pflugner (vbnw): Ich äußere mich zu den Öffnungszeiten. Es ist glücklicherweise tatsächlich so, dass wir in Nordrhein-Westfalen seit 2019 öffnen können im Gegensatz zu den anderen Bundesländern. Allerdings gab es ja eine Klage von ver.di, Verwaltungsgericht Münster. Der wurde nicht stattgegeben, aber ver.di ist den Weg weitergegangen nach Leipzig und hat noch mal Einspruch erhoben. Da wird das Ergebnis Ende nächsten Jahres, ungefähr im dritten Quartal, erwartet. Darauf warten auch wir. Ich persönlich kann als Leiterin einer Großstadtbibliothek sprechen: Mir

wurde die Sonntagsöffnung vom Personalrat verwehrt, weil diese ver.di-Geschichte noch im Weg stand.

Ich sehe aber auch, dass in einigen Bibliotheken eine Umwandlung stattfindet, was Open Library betrifft. Open Library bedeutet, wie wir es aus den skandinavischen Ländern kennen: Die Bibliothek ist geöffnet, und man kommt mit einem Bibliotheksausweis rein, aber es ist kein Personal anwesend, außer vielleicht Aufsichtspersonal. Da denken inzwischen einige Bibliotheken um. Sie haben es vielleicht in den Medien verfolgt. In Göteborg hatte man letztes vergessen, die Bibliothek abends abzuschließen, und die Leute haben die Bibliothek genutzt, und es ist nichts passiert. Insofern, denke ich, wird jetzt auch noch mal ein Umdenken geschehen, dass auch längere Öffnungszeiten möglich sind.

Dr. Johannes Borbach-Jaene (vbnw): Ihre weiteren Fragen könnte jetzt perfekt unser Kollege Dr. Meyer-Doerpinghaus beantworten, der leider heute krankheitsbedingt verhindert ist. Aber ich werde versuchen, es trotzdem zu beantworten, auch wenn das jetzt nicht mein Spezialgebiet ist.

Restaurierung ist tatsächlich ein Problem gerade in den Landesbibliotheken, aber auch in anderen Bibliotheken, weil dafür häufig keine regulären Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, sondern das immer über Projektmittel oder über Sondermittel abgewickelt wird. Sie wissen alle, Projektmittel sind schön, aber Projektmittel sind aufwendig, verursachen Aufwände in der Beantragung, Abwicklung, Unterhaltung. Ja, es gibt Mittel für diese Restaurierung, aber es ist nicht einfach, da dranzukommen. Was die Bibliotheken bräuchten, gerade Landesbibliotheken, aber auch große Universitätsbibliotheken, die altbestandstragend sind, sie bräuchten reguläre Haushaltsmittel, um in ihrem Bestand immer wieder Restaurierung durchzuführen.

Nun ist es so, wenn Sie zum Beispiel die wissenschaftlichen Bibliotheken nehmen, da steht jetzt Altbestandsrestaurierung nicht im Fokus der Hochschulleitung, sondern die sind natürlich mit anderen Themen befasst. Das ist nicht deren Kerngeschäft. Da wäre es sicherlich schön, wenn dort dauerhaft und über die regulären Haushalte Mittel für solche Aufgaben zur Verfügung gestellt werden könnten.

Ähnliches gilt für die Digitalisierung, wo auch immer wieder viel über Projekte läuft, aber wenig dauerhaft finanzierte Struktur vorhanden ist. Wenn Sie die Sonder- und Spezialmedien ansprechen, da haben Sie natürlich noch mal doppelte Probleme, weil die einfach teilweise sehr aufwendig sind in der Digitalisierung und dann auch in der Aufbewahrung. Aber ich weiß, dass gerade die Landesbibliotheken und auch die großen Archive an diesem Thema dran sind, das müssen die ja auch. Das läuft aber, soweit ich das einschätzen kann, im Moment auch noch alles auf der Projektebene und ist nicht etwas Verfestigtes, was in den Institutionen dauerhaft vorhanden und finanziert ist, was es aus meiner Sicht eigentlich sein müsste.

Der letzte Punkt waren die Keller. Ja, die Keller gibt es. Davon habe ich auch schon einige gesehen. Die sind teilweise auch nicht schön. Da sind wir wieder bei den Trägern. Die Archive, aber auch die Bibliotheken mit Altbeständen sind häufig in kommunaler Trägerschaft. Je nachdem, wie die Finanzausstattung einer Kommune aussieht,

ist einfach kein Geld da für das schöne klimatisierte Papiermagazin, wo die Sachen unter perfekten Bedingungen gelagert werden. Dann stehen die tatsächlich manchmal auch in irgendwelchen alten Schulkellern oder in irgendwelchen Schulen, die geschlossen sind, oder in anderen Gebäuden. Das ist nicht gut. Das muss man einfach so feststellen. Aber Sie wissen auch alle, welchen vielfältigen finanziellen Belastungen die Träger ausgesetzt sind. Da sind Kitas zu bauen, da ist ein Rechtsanspruch auf den offenen Ganztag zu erfüllen irgendwann, da sind Schulen zu erweitern und instand zu halten. Da fällt so ein Archiv trotz der gesetzlichen Verpflichtung, die da ja besteht, sich um diese Bestände zu kümmern, schon mal hinten rüber. Ja, da muss was getan werden, denn das ist letztendlich das kulturelle Gedächtnis des Landes, was in diesen Räumen steht. Da wäre sicherlich Hilfe und Unterstützung an vielen Orten gerne gesehen.

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas: Am Ende darf ich in unserer Runde noch Frau Möllers begrüßen. Sie ist ja seit Jahren, Jahrzehnten verlässliche Partnerin der Bibliotheken im Ministerium.

Ich darf zum Ende der Debatte noch sagen, dass lebendige und vielfältige Bibliotheken das schlagende Herz der Kultur und der Demokratie sind. Wir können froh sein, dass wir eine derartige Landschaft haben. Es muss uns sehr wertvoll sein, sie entsprechend zu erhalten.

Sie sind vielfach kommunale Einrichtungen oder auch teilweise in anderer Trägerschaft, die auch nicht immer besonders gut ausfinanziert ist. Insoweit ist es auch für uns immer wichtig, darauf zu achten, dass wir hier eine entsprechende Vielfalt dauerhaft haben.

Ich kann mich dem Kollegen Jablonski anschließen, nämlich Ihnen im Verband sehr herzlich dafür zu danken, dass Sie für die Bibliotheken kämpfen, aber wir bitten Sie auch, das an die Bibliothekarinnen und Bibliothekare weiterzugeben, die Tag für Tag diese Arbeit in den Bibliotheken machen und damit eine großartige Arbeit für uns leisten.

Das Stärkungsgesetz der Bibliotheken ist unter der schwarz-gelben Regierung verabschiedet worden in einem breiten Konsens, aber das ist noch beklagt. Wir warten jetzt auf Ergebnisse, aber selbst dann ist natürlich die Frage, wie es umgesetzt werden kann und wird. Vieles von dem, was wir uns entsprechend wünschen, was wir wollen, ist auch damit verbunden, inwieweit wir es tatsächlich dann auch bezahlen können. Manchmal endet dann alles doch wieder da, wo es anfängt, nämlich beim Geld.

Ihnen darf ich ganz herzlich noch mal danken, dass Sie heute hier waren, dass Sie vorgetragen haben und dass Sie auch Ihre Arbeit weiter machen.

6 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Andreas Bialas
Vorsitzender

2 Anlagen

19.12.2023/22.12.2023

**Dr. Hartmut Beucker**

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Dr. Hartmut Beucker • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Medien
Frau Christina Osei

Telefon: (0211) 884-4509

E-Mail: hartmut.beucker@landtag.nrw.deWahlkreisbüro: Heckinghauser Str. 247, 42289
Wuppertal

Datum: 14.11.2023

**Beantragung von Tagesordnungspunkt für die nächstmögliche Sitzung**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der AfD-Fraktion des Landtags NRW beantrage ich folgenden Tagesordnungspunkt erneut in die Tagesordnung für Sitzungen des Ausschusses Kultur und Medien aufzunehmen:

Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)**Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5830**

Grund: Nach Rücksprache in der letzten Obleuterunde, möchten wir für diesen **Gesetzentwurf** eine schriftliche Anhörung beantragen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hartmut Beucker

EINE FÜR ALLE
DIE KOORDINATIONSSTELLE
FÜR
PROVENIENZFORSCHUNG
IN NRW



Jasmin Hartmann
AKM | 07.12.2023



KPF.NRW

BEIRAT

Vorsitz:
Dr. Uwe Hartmann (DZK) und Dr. Tanja Pirsig-
Marshall (LWL-Museum für Kunst und Kultur,
Münster)



KPF.NRW



VORPROJEKT |

KPF.NRW



KPF.NRW



SERVICES DER **KPF.NRW****BERATUNG**

- Grundsätzliche Informationen zum Thema, Aufklärung
- Beratung zu Fördermöglichkeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten
- Anleitung zur richtigen Dokumentation und Recherchemöglichkeiten
- Sprechstunden



252 Vorgänge aus **11** unterschiedlichen Zielgruppen



755.000 EUR eingeworbene Drittmittel



3 Grundlagenforschungsprojekte und **1** Forschungsprojekt wurde initiiert
9 weitere Projekte sind in Planung



Aussteller auf der 55. Art Cologne
*Die Messe zählte **43.000** Besucher



7.300 KM legte die KPF.NRW zurück und besuchte **17** Städte in Nordrhein-Westfalen



2.461 Kontakte bestehend aus Institutionen, Kunst & Kultur, Politik, Kunsthandel und der Öffentlichkeit fließen in unser implementiertes CRM

SERVICES DER **KPF.NRW**



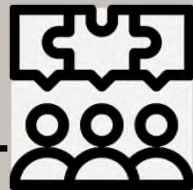
FORSCHUNG

- Ersteinschätzung
- Rechercheoptionen



SERVICES DER **KPF.NRW**

Alfred Hess



ARBEITSGRUPPEN

- Museen und Privatpersonen tauschen sich zu gleichen Provenienzen aus



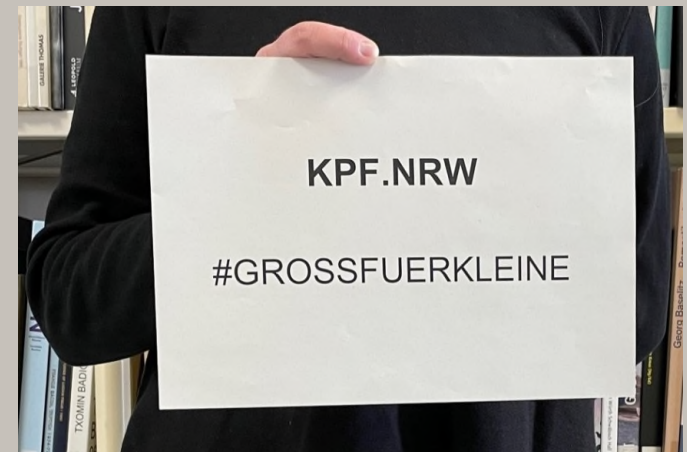
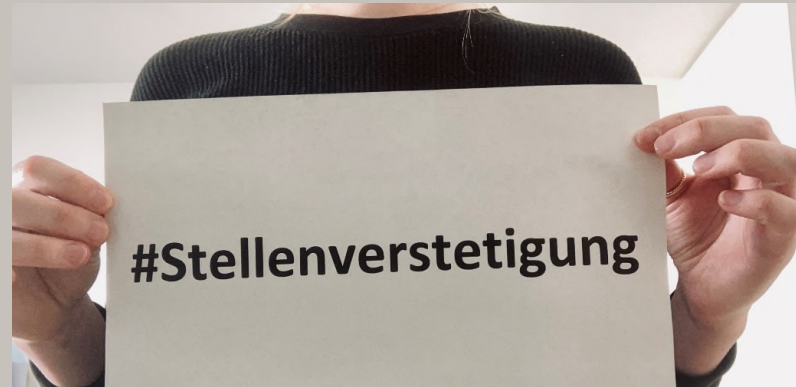
Max Stern

SERVICES DER **KPF.NRW**



VERNETZUNG

- Vernetzung mit dem DZK, dem Kunsthandel, relevanten Akteuren
- Vernetzung mit Forschungscommunity



Förderprogramm Provenienzen NRW

Vorbereitung

DZK-Projekt

Nachbereitung

Förderfähig sind für die Provenienzforschung grundlegende Arbeiten

- Recherchen
- Dokumentation
- Konzeptionierung (Untersuchungsgegenstand konkretisieren)
- Projektplanung
- Antragstellung
- ...

Förderfähig sind Finanzierungsanteile

die man für die Durchführung eines Provenienzforschungsprojektes, finanziert durch das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste, benötigt

Förderfähig ist die Aufbereitung und Vermittlung von Forschungsergebnissen

- Publikation
- Digitale/analoge Ausstellung
- Vielfältige Vermittlungsformate
- Veranstaltungen
-



KONTAKT



Koordinationsstelle für Provenienzforschung
in Nordrhein-Westfalen
Bachstraße 5-9
53115 Bonn



0228-2070-160



Fax 0228-2070-299



kontakt@kpf.nrw